# Gesamtelternbeirat lenkt Blick auf Schüler und Eltern

## Dirk Striebel, Isabel Trenkle und Judith Feuerer sprechen mit dem Landtagsabgeordneten Hans-Peter Behrens (Grüne)

**Bühl (red) – Verwundert und enttäuscht zeigt sich der Bühler Gesamtelternbeirat darüber, dass die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien bei den aktuellen Diskussionen zur Lockerung der Corona-Maßnahmen nur wenig Beachtung findet. Seit Monaten hängen die Familien in der Luft und müssen einen Alltag zwischen Homeschooling, eigenem Homeoffice und Zukunftssorgen bewältigen.**

**Die Sorgen der Familien vermittelt (von links): Isabel Trenkle, Hans-Peter Behrens, Judith Feuerer und Dirk Striebel.** Foto: privat

„Und ein Ende ist aktuell nicht in Sicht", beklagen die Elternvertreter, dass nach wie vor unklar ist, wie es nach den Sommerferien weitergeht. Der aktuelle Unterrichtsmix aus Fernlernangeboten und Präsenzunterricht sei zwar schon ein guter Schritt in die richtige Richtung, aber auch keine Dauerlösung. Der Gesamtelternbeirat der Bühler Schulen hat sich deshalb Ende Mai mit einem offenen Brief an Kultusministerin Susanne Eisenmann sowie die Abgeordneten des hiesigen Wahlkreises gewandt.

Dieser Tage trafen sich die beiden Gesamtelternbeiratsvorsitzenden Dirk Striebel und Isabel Trenkle und die stellvertretende Elternbeiratsvorsitzenden des Windeck-Gymnasiums, Judith Feuerer, mit dem Landtagsabgeordneten Hans-Peter Behrens (Grüne), um ihm die Sorgen der Familien zu vermitteln, heißt es in einer Mitteilung.

Nachdem eine klinische Studie unterstrichen habe, dass Kinder unter zehn Jahren das Virus kaum verbreiten und daraufhin der Weg für die Öffnung der Grundschulen offen ist, wünschen sich die meisten Eltern auch in den weiterführenden Schulen wieder Regelunterricht nach den Sommerferien. Der digitale Fernunterricht kann den Präsenzunterricht nicht ersetzen, weisen die Elternvertreter vor allem auf die wachsenden Defizite in den Hauptfächern hin.

Gerade in den Sprachen fehle das regelmäßige Sprechen und Üben. In naturwissenschaftlichen Fächern wie Mathematik oder Physik drohe, dass sich die Schüler falsche Wege aneignen oder den Stoff sich nicht selbst erläutern können. „Das Land muss sich Gedanken machen wie diese Defizite aufgefangen werden sollen", erklärten die Eltern. Ihr Wunsch wäre es, dass der Lehrplan für das nächste Jahr ausgedünnt wird, um mehr Raum für die Wiederholung des verpassten Stoffes zu haben.

Damit verknüpft ist auch die Frage, wie im ersten neuen Schulhalbjahr mit der Notengebung umgegangen wird. „Der aktuelle Wissensstand der Kinder ist heterogen und muss erst wieder auf einen ungefähr gleichen Level gebracht werden", erklärt Vorsitzender Dirk Striebel. Zudem gelte es, sich Gedanken um die nächsten beide Abschlussjahrgänge zu machen, die nun bereits in der Vorbereitungsphase ihrer Prüfungen sind.

Dass der Wunsch nach Regelbetrieb Herausforderungen birgt, um den Abstands- und Hygienevorgaben gerecht zu werden, sei allen bewusst. „Wir wünschen uns hier neue Denkansätze zugunsten der Schüler." Bislang gebe es keinerlei Belege dafür, dass Schulen Hotspots seien. Wenn Sportarenen wieder öffnen dürfen, die Menschen in Freizeitparks gehen, wieder mit 100 Personen private Feiern durchgeführt werden dürfen und sich Jugendliche mittags privat mit bis zu 20 Personen treffen können, sei nicht mehr vermittelbar, warum sie nicht auch in die Schule können. Zumal bis Ende August auch Lockerungen geplant sind, bei denen bis zu 500 Personen an Veranstaltungen teilnehmen können. „Viele Schulen haben weniger als 500 Schüler", hieß es.

Ein weiteres Thema bei dem Gespräch mit den Grünen-Abgeordneten war die Frage der Digitalisierung der Schulen. Der Ansatz von Bund und Land nun Familien, die es sich nicht leisten können, Endgeräte zur Verfügung zu stellen, sei zwar löblich, komme allerdings zum einen zu spät und sei angesichts des leergefegten Marktes wohl auch nicht so schnell realisierbar. „Das Land wurde von der Verschleppung der Digitalisierungsfragen nun eingeholt", resümieren die Elternvertreter.

Weiterer Kritikpunkt, den sie an den Abgeordneten herantrugen, war die mangelhafte Kommunikation des Kultusministeriums. Die Schulleitungen wurden im Stich gelassen und die Eltern nicht vom Land eingebunden. Die Elternvertreter baten daher Behrens, eine Evaluation vorzuschlagen, damit sich Schüler und Eltern zu den vergangenen Monaten äußern können.